

TAGESSPIEGEL

04.04.2014

Die Krim-Krise macht Russland schwach

von Dr. Michael Heise

Die Finanzmärkte haben sich durch die Krise um die Ukraine bislang nicht in größerem Maße verunsichern lassen. Ungeachtet der gegenseitigen Drohkulissen rechnet man offenbar damit, dass es zu einer vernünftigen politischen Lösung kommen wird, an der alle Seiten ein vitales Interesse haben sollten. Eine Spirale an Sanktionen dagegen, die über Reisebeschränkungen und Kontensperrungen hinausgeht und in deren Folge auch Handelsbarrieren, Beschränkungen von Energielieferungen und Verstaatlichungen aufträten, hätte einschneidende wirtschaftliche Konsequenzen und würde mit Sicherheit zu beträchtlichen Verlusten an den Finanzmärkten führen. Die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Entwicklung wären für die Ukraine und Russland besonders dramatisch, aber auch für die westliche Welt würden sie einen erheblichen wirtschaftlichen Rückschlag bedeuten.

Schon heute sind wirtschaftliche Auswirkungen zu sehen. Russlands Wirtschaft, die auch vor der Krise nicht in einer besonders soliden Verfassung war und deren mittelfristige Wachstumsperspektiven vom russischen Wirtschaftsministerium unlängst selbst heruntergenommen wurden, ist in mehrerlei Hinsicht verletzbar. Zum einen hat die enorme Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Landes bereits zu erheblichen Verlusten an den Finanzmärkten geführt, beim Rubel sind binnen Jahresfrist 21% an Wert gegenüber dem Euro verloren gegangen, beim Aktienindex RTS an der Moskauer Börse liegt der Einbruch bei 15%. Da der private Sektor Russlands nicht unerheblich in Euro und Dollar verschuldet ist, macht der Wertverlust des Rubel die Bedienung der Schulden immer schwieriger. Zum anderen, und das wiegt noch schwerer, sind starke Kapitalverlagerungen ins Ausland und massive Investitionszurückhaltung im Inland zu beobachten. Im ersten Quartal 2014 beliefen sich die privaten Kapitalabflüsse aus Russland auf über 70 Mrd. US-Dollar und entsprachen damit ziemlich genau den Abflüssen des gesamten vergangenen Jahres. Die Wachstumsschwäche der Wirtschaft wird auf diesem Wege verstärkt, was es, nebenbei bemerkt nicht leichter macht, die Kosten der Krim-Annexion zu schultern, die der russische Wirtschaftsminister auch ohne die dringend erforderlichen Infrastrukturinvestitionen auf jährlich etwa 2 Mrd. Euro schätzt.

Wirtschaftlich passiert so ziemlich das Gegenteil dessen, was erforderlich wäre, um Russland voran zu bringen. Das Land braucht das Vertrauen der Investoren, einen

Kapitalzustrom und mehr Investitionen im Inland, um sich zu modernisieren, Innovationen voranzutreiben und die immer noch einseitige Ausrichtung auf Öl und Gas zu vermindern, die etwa zwei Drittel der Exporte ausmachen. Russlands Investitionsquote ist noch niedriger als die Indiens und nur geringfügig über der in Brasilien. Gerade in einem Land mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung sind zusätzliche Investitionen unabdingbar, um Wachstum und Wohlstand langfristig zu sichern.

Der beste Weg der Vertrauensbildung, der politisch derzeit verschlossen ist, es aber nicht auf Dauer bleiben darf, ist die Annäherung an die EU. Tatsächlich gab es hierfür in der Vergangenheit schon einige vielversprechende Ansätze, z.B. das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) von 1997 oder die Liberalisierungsschritte des 11. EU-Russland-Gipfel in St. Petersburg in 2003. Die Schaffung eines größeren europäischen Wirtschaftsraumes würde Handel und Investitionen verstärken. Deswegen sollte die Absicht, Russland (und andere Folgestaaten der Sowjetunion) mit Assoziierungsabkommen stärker mit dem westeuropäischen Wirtschaftsraum zu verzahnen, keinesfalls ad acta gelegt werden, auch wenn dies zur Zeit nicht zur Debatte steht. Solch ein breit angelegtes Integrationsmodell wäre der von Putin vorgeschlagenen Eurasischen Union um ein Vielfaches überlegen. Russland sollte im eigenen Interesse die dafür notwendigen politischen Bedingungen wieder herstellen und die EU sollte nicht nur Sanktionen verhängen, sondern die Tür offen halten die großen Chancen einer raschen politischen Lösung für beide Seiten unterstreichen.